

Franz-Karl Nieder

UN-Biodiversitätskonferenz in Montréal

Ursprünglich hätte der 15. Weltnaturgipfel schon 2020 in China stattfinden sollen, wurde dann aber wegen der anhaltenden pandemischen Lage dort verschoben. Der erste Verhandlungsteil fand im vergangenen Oktober hauptsächlich online in Kunming statt, der zweite, wieder unter chinesischer Präsidentschaft, nun in Montréal.

Große Erwartungen hatten die Menschen an den Klimagipfel:

Die Artenvielfalt schwindet in besorgniserregendem Ausmaß und Geschwindigkeit. In Deutschland sind bereits rund 75 Prozent aller Insekten verschwunden. In der Agrarlandschaft, also auf Äckern, Wiesen und Weiden, haben durch Düngemittel und Pestizide die „Bestände der Vögel dort in den letzten 25 Jahren um rund 30 Prozent abgenommen“. Auch Bebauung, Überfischung, Waldrodung, Umweltverschmutzung oder der Klimawandel sorgen für einen ökologischen Notstand bei vielen Tier- und Pflanzenarten, hierzulande und weltweit.

Nachdem noch in der Nacht letzte Fragen geklärt werden konnten, stellten die Unterhändler des EU-Parlamentes und der Staaten am 18.12.2022 morgens um 05:04 Uhr die Ergebnisse vor:

Verbraucher und Unternehmen in der EU müssen künftig häufiger für den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂) bezahlen. Unterhändler des EU-Parlamentes und der Staaten einigten sich am frühen Morgen auf eine Reform des EU-Emissionshandels, wie die tschechische Ratspräsidentschaft und der Europäische Rat mitteilten.

Damit soll das wichtigste Instrument der europäischen Klimaschutzpolitik deutlich schlagkräftiger werden. Zudem soll ein neuer Klimasozialfonds die Folgen der Energiewende für Verbraucher abfedern

Konkret einigten sich die Unterhändler darauf, den bestehenden Emissionshandel in der EU zu verschärfen. Dabei müssen etwa Unternehmen Verschmutzungszertifikate kaufen, wenn sie CO₂ ausstoßen. Das soll einen Anreiz dafür schaffen, weniger CO₂ zu produzieren. Nun soll die Zahl der Verschmutzungsrechte schneller verringert werden als bislang vorgesehen, damit Emissionen schneller sinken. Kostenlose Zertifikate für Firmen sollen bis 2034 schrittweise auslaufen. Unternehmen, die sich bei der Energiewende nicht anstrengen, müssen ihre Zertifikate abgeben

Das System soll zudem ab 2027 auf das Heizen von Gebäuden und den Verkehr ausgeweitet werden, sowohl für Verbraucher als auch für Unternehmen. Allerdings gibt es eine „Notbremse“: Sind die Energiepreise besonders hoch, kann das System verschoben werden, um etwa Verbraucher nicht zu sehr zu belasten. In Deutschland gilt der Emissionshandel bereits für Gebäude und Verkehr.

„Die schlimmsten Verschmutzer zahlen drauf, und diejenigen, die dekarbonisieren, werden unterstützt“, erklärte der Grünen-Abgeordnete Michael Bloss, der an den Verhandlungen teilnahm.

Ab 2026 soll es auch einen Klimasozialfonds geben, der Mehrausgaben für Verbraucher durch die Energiewende, etwa steigende Heizkosten, abfangen soll. Dieser soll 86,7 Milliarden Euro umfassen und durch Einnahmen aus dem Emissionshandel und teilweise durch die Mitgliedstaaten finanziert werden. Damit sollen Haushalte entlastet und Investitionen, zum Beispiel in effizientere Gebäude oder öffentliche Verkehrsmittel, gefördert werden.

„Die Vereinbarung ... wird es uns ermöglichen, die Klimaziele in den wichtigsten Wirtschaftssektoren zu erreichen und gleichzeitig sicherzustellen, dass Bürger und Kleinunternehmen wirksam unterstützt werden“, erklärte der tschechische Umweltminister Marian Jurecka.

Die Projekte sind das Herzstück des „Fit for 55“-Pakets, das die Europäische Kommission im Sommer 2021 zum Kampf gegen den Klimawandel vorgestellt hatte. Es soll den EU-Ländern dabei

helfen, CO₂-Emissionen bis 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 zu senken und bis 2050 klimaneutral zu werden. Die Einigung muss noch vom EU-Parlament und den Staaten bestätigt werden, das gilt aber als Formsache

„Der Emissionshandel ist der Schlüssel zum Erreichen unserer Klimaziele“, sagte der EU-Abgeordnete Peter Liese (CDU), der die Verhandlungen für das Parlament führte. Der Kompromiss bringe Klimaschutz, aber gleichzeitig würden die Industrie sowie Bürger geschützt, die sich höhere Preise nicht leisten könnten.

Die deutsche Bundesregierung hat mit Kolumbien vor, für eine „solide Finanzgrundlage“ zu sorgen; beiden Länder wollen die Finanzierung mit 29 Millionen Euro unterstützen.